

§ 2 Rechtsgeschichte der Jagd

Johannes Dietlein

A. Vorbemerkung

Gesetze sind Regeln für das Zusammenleben einer Rechtsgemeinschaft. Ihre Entstehung verdanken sie zumeist der Erfahrung des Konflikts, zumal des Konflikts um die Verteilung knapper Güter. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb viele Jahrtausende vorübergingen, ehe die Jagd überhaupt zum Gegenstand rechtlicher Regulierung avancierte und damit retrospektiv in das Blickfeld der rechtsgeschichtlichen Forschung gelangt. Ob der Blick in die Ursprünge jagdlicher Rechtssetzung überhaupt gelingen kann, mag hier offenbleiben. Vieles bleibt schemenhaft, zumal geschichtliche Entwicklungen nur selten einer stringenten Linie folgen und sich zudem regional zumeist sehr unterschiedlich darstellen. Dies dürfte namentlich für die Frage nach den eigentumsrechtlichen Facetten der Jagd gelten. Gewiss wird man für die Ur- und Frühzeit des Menschen von einer weithin freien Nutzjagd ausgehen können. Wann sich indes der Schritt zur Verrechtlichung der Jagd vollzog und insbesondere deren eigentumsrechtliche Fundierung begann, dürfte trotz vielfältiger historischer Befassungen nicht eindeutig zu bestimmen sein.

Der Beitrag entstand unter Mitarbeit von Herrn Wiss. Mit. Christoph Smets.

J. Dietlein (✉)

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Universitätsstraße 1,

Geb. 24.81, 40225 Düsseldorf, Deutschland

e-mail: johannes.dietlein@uni-duesseldorf.de

B. Eigentum und Jagd in den germanischen Stammesrechten

I. Die Jagd zwischen Mark, Allmende und Sondereigen

Schon die Rekonstruktion der jagdspezifischen Regelungen in den germanischen Stammesrechten erweist sich als keineswegs einfache Aufgabe. In seiner grundlegenden Untersuchung der Forst- und Jagdgeschichte Deutschlands aus dem Jahre 1886 sieht *Schwappach* die Jagd in der Markgenossenschaft gleichsam als den „Urzustand“ der jagdlichen Ordnung in der Zeit vor und nach Aufzeichnung der germanischen Stammesrechte. Dabei geht er von einer Auffächerung der jagdlichen Befugnisse entsprechend der Auffächerung der Gaugebiete in Mark (Grenzwald bzw. -gebiet), Allmende (Gürtel um die Gehöfte und Zubehör) und Sondereigen (Hofraum, Ackerland und verteilte Feldmark) aus.¹ In der Mark und der Allmende stand danach die Jagdausübung jedem freien, waffenfähigen Markgenossen offen, nicht aber sonstigen Dritten.² Demgegenüber bestanden an dem Sondereigen gleichsam private Rechte, die es dem einzelnen Eigentümer gestatteten, sonstige Dritte und damit auch andere Markgenossen von der Jagd auszuschließen.³ Hierbei liegt allerdings die Vermutung nahe, dass es sich bei diesem bewirtschafteten Sondereigen um eher kleine Flächen handelte, für die kaum mehr als eine auf Schadensabwehr gerichtete Schutzjagd in Betracht kam. Wegen des Status der Allmende und in frühester Zeit auch der Feldmark als Eigentum der Gemeinde folgert *Schwappach*, es sei „*schon für die älteste Zeit das Jagdrecht als ein Zubehör und Ausfluss des Grundeigentums zu betrachten*.“⁴ Freilich wäre hiermit dann nur dasjenige Grundeigentum angesprochen, das in dem für die „Nutzjagd“ eher unbedeutenden Sondereigen bestand. In Richtung einer allenfalls eingeschränkt individuellen Zuordnung des jagdlichen Eigentums deutet auch ein Blick auf die germanische Interpretation des Eigentums insgesamt: Dieses war nämlich eher „genossenschaftlich“ denn individuell ausgerichtet.⁵ Immerhin aber enthielt die fränkische *Lex Salica* des frühen 6. Jahrhunderts durchaus auch Ansätze für ein Individualeigentum im heutigen Sinne.⁶ Die Gemengelage zwischen

¹ Vgl. A. F. *Schwappach*, Handbuch der Forst- und Jagdgeschichte Deutschlands, 1. Band, 1886, S. 15 f. Trotz seines Alters ist dieses zweibändige Handbuch bis heute die umfangreichste und detaillierteste Gesamtdarstellung von Forst- und Jagdgeschichte von den Anfängen bis zum 19. Jhdt. und mag daher hier als Grundlage der Darstellung dienen. Noch detaillierter ist nur die zweibändige „Geschichte des deutschen Weidwerks“ von *Kurt Lindner* aus dem Jahre 1940, die ebenfalls herangezogen wird.

² Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 54.

³ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 54.

⁴ *Schwappach* (Fn. 1), S. 54.

⁵ Vgl. J. *Dietlein*, in: Stern/Sachs/Dietlein, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IV/1, 2006, § 113 II 2 b, S. 2148.

⁶ Vgl. *Dietlein* (Fn. 5), S. 2149; neben den oben genannten Jagddiebstählen bezogen sich Eigentumsdelikte dort v. a. auf weitere Nahrungs- und Einkommensquellen, vgl. Kap. 2–14, 21 f., II 86, V 127.

freier Jagd der Markgenossen in Mark und Allmende, ggf. eigener Jagd auf dem Sondereigen und vermutlich freier Jagd auf nicht in Besitz genommenen Gebieten mag erklären, warum die (knappen) Einschätzungen im Schrifttum zum Teil zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. So geht *Schuck* in seinem Standardwerk zum Bundesjagdgesetz davon aus, dass die Jagd im Sinne einer Nutz- und Schutzjagd mindestens bis zum 6. Jahrhundert frei und persönliches Recht jedes Einzelnen gewesen sei.⁷ *Mitzschke*⁸ hingegen zählte die Jagd in seinem Kommentar zum Reichsjagdgesetz „nach Deutschem Recht ursprünglich zu den Eigentumsrechten“ und stellte sie der „natürlichen Freiheit“ („*occupatio rei nullius*“) des Römischen Rechts entgegen.⁹ Freilich bleibt unklar, auf welches „Deutsche Recht“ *Mitzschke* in seinen Ausführungen aus dem Jahr 1942 abstellt. So muss dessen Einschätzung möglicherweise eher aus ihrem zeitlichen Kontext heraus gedeutet und daher mit Zurückhaltung bewertet werden. So finden sich denn auch völlig konträre Einordnungen wie etwa diejenige von *Budig*, der die germanische Jagd gar in Entsprechung der römischen Rechtslage sieht.¹⁰ Dies mag indes allenfalls auf eine Frühzeit zutreffen, in der die Mark noch als *res nullius* aufgefasst wurde.¹¹

II. Erste jagdrechtliche Kodifikationen

Schärfere Konturen gewinnt das Bild der jagdlichen Ordnungen erst mit dem Beginn des sechsten bzw. siebten Jahrhunderts. Dokumentiert sind verschiedene Stammesrechte aus dem siebten Jahrhundert, mit denen zumindest Teilaspekte des Jagdwesens normiert wurden. Die stammesgeschichtliche Zeit liefert dabei naturgemäß kein einheitliches Bild, immerhin aber vereinzelte Aufzeichnungen, die zumindest vorsichtige Rückschlüsse auf den Stand der Entwicklung zulassen.

So enthielten das friesische Recht Strafen bei der Tötung von Jagdhunden, die „*Lex Saxonum*“ (802) Regeln der Fallentechnik und der „*Pactus Alamanorum*“ aus dem 7. Jahrhundert ebenso wie die „*Lex Bajuvariorum*“ aus dem

⁷ Vgl. *M. Schuck*, in: ders. (Hrsg.), BJagdG, 2. Aufl. 2015, Einl., Rn. 6. Für die Zeit der Völkerwanderung ebenso *A. F. Schwappach*, Grundriss der Forst- und Jagdgeschichte Deutschlands, 2. Aufl. 1892, Nachdruck 2014, S. 1.

⁸ *G. Mitzschke/K. Schäfer*, Reichsjagdgesetz, 3. Aufl., Berlin 1942, Vorb. zum I. Abschnitt, 2.

⁹ Dies würde zumindest partiell den von *Schwappach* vorgetragenen Ergebnissen entsprechen, mit der Einschränkung der freien Pirsch im unbesetzten Land und ggf. der Mark. So bezeichnet dieser späterhin die Lehre von den wilden Tieren als *res nullius* als Teil der „verkehrten“ Anwendung römischrechtlicher Grundsätze auf die deutschen Verhältnisse, vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 592.

¹⁰ *G. Budig*, Die europäischen Jagdsysteme und ihre wirtschaftliche Bedeutung, 1965, S. 25 ff.

¹¹ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 15.

8. Jahrhundert Wildereibestimmungen.¹² Wildereibestimmungen aber bedingen das Recht eines Dritten, in das der Wilderer eingreift; ein solches Recht kann aber bei vollständig „freiem“ Wildtierfang nicht bestehen. Die im alemannischen Stammesrecht, dem „*Pactus Alamannorum*“ vom Anfang des 7. Jahrhunderts, die „Wilderei“ betreffenden Vorschriften beziehen sich ihrem Wortlaut und ihrer Systematik nach dagegen in nicht geringem Umfange auf den Diebstahl von Tieren, die zur Jagdausübung, etwa zum Anlocken von Artgenossen oder als Deckung bei der Pirsch, eingesetzt wurden. Ob und inwieweit diese Bestimmungen zumindest teilweise auch die Sanktionierung der unberechtigten Jagdausübung implizieren, erscheint keineswegs eindeutig. So bestimmt Kap. 23 des *Pactus*:

§ 1. Wenn einer einen Wisent, einen Büffel oder einen Hirsch, der brüllt, stiehlt oder tötet, büße er 12 Schillinge.

§ 2. Und [wenn] dieser Hirsch keine Fußfessel hat, büße man einen halben Schilling.

§ 3. Wenn er eine Fußfessel hat und mit ihm nichts erlegt ist, zahle man 3 Schillinge.

§ 4. Wenn Rotwild mit ihm erlegt ist, zahle man 3 Schillinge.¹³

Vergleichbare Vorschriften für weitere Tierarten finden sich in den Kap. 22 sowie 24 bis 27. Die §§ 2 und 3 des Kap. 21 enthalten hierbei zudem Regelungen vergleichbar dem heutigen Einbruchsdiebstahl oder Hausfriedensbruch:

§ 2. Und wenn er darin [in fremde Waldhütten] in Wut eindringt und nichts von dem seiin-gen findet, büße er 6 Schillinge.

§ 3. Und wenn er in einen fremden Hof eingedrungen ist, in gleicher Weise.¹⁴

Auch der Blick in andere Stammesrechte fördert ähnliche Befunde zutage: So enthält der nochmals einhundert Jahre ältere *Pactus Legis Salicae* (507/11) – das Stammesrecht der Salfranken – wiederum spezielle Diebstahlsregelungen. Das mit „*Von Jagd<diebstahl>en*“¹⁵ überschriebene Kap. 33 enthält u. a. folgende Regelung:

§ 1. Wenn einer aber aus verschiedenen Jagden, von Bienen [oder] von Fischen [in and. Überlieferung: aus irgendeiner Jagd, von Vögeln] stiehlt und verheimlicht, werde er [...] verurteilt. [...]¹⁶

¹² Diese waren nach Tierart, Status des Tieres u. a. differenziert und durchaus empfindlich, vgl. Nr. 23 ff. *Pactus Legis Alamannorum*, abgedr. in Historisches Institut des Werralan-des (Hrsg.), *Germanenrechte*, Bd. 1, *Die Gesetze des Merowingerreiches*, K. A. Eckhardt (Übers.), Teilband II, *Leges Alamannorum*, 1961, S. 20 f.

¹³ Nach Eckhardt (Fn. 12), S. 20 f.

¹⁴ Nach Eckhardt (Fn. 12), S. 20.

¹⁵ Die eckigen Klammern geben unterschiedliche Überlieferungen des Textes wieder. Während also nach der einen Überlieferung allgemein „*Von Jagden*“ gesprochen wird, steht in einer anderen „*Von Jagddiebstählen*“; das letztere trifft den Inhalt wohl besser.

¹⁶ Nach Eckhardt (Fn. 12), S. 20.

Daneben heißt es in § 2, ähnlich wie der spätere *Pactus Alamannorum*:

*Wenn einer einen zahmen, mit einem Zeichen versehenen Hirsch, der zur Jagd abgerichtet ist, stiehlt oder tötet [wird er bestraft].*¹⁷

Für die Zeit zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert wird im Schrifttum dagegen auf Urkunden verwiesen, aus denen sich ergebe, dass die Jagd ein Zubehör des Grundbesitzes war.¹⁸ Und nachdem es seit dem 8. Jahrhundert zunehmend seltener zu einem Rückfall von Familieneigentum an die Gemeinde als Markgenossenschaft kam, entwickelten sich durch den Zusammenfall der Hufen sowie königlicher Schenkungen allmählich grundherrschaftliche Strukturen.¹⁹ Auch dies stützt die Einschätzung, dass es in der frühesten Zeit eine weitgehend freie Jagd gegeben hat, die im Laufe der Zeit in den Markgenossenschaften und spätestens mit dem Auftreten grundherrlicher Strukturen ab dem 9. Jahrhundert zunehmend an den Landbesitz gekoppelt wurde.

C. Epochenwandel: Die Regalität des Jagdrechts

Königlicher Wald war *immun*, d. h. auf ihm standen sämtliche Nutzungen, also auch das Jagdrecht, dem König zu. So bezeichnet der Ausdruck „*forestas*“ seit dem letzten Teil des 8. Jahrhunderts einen Wald, in dem nur der König oder dessen Beliehene das Jagdrecht ausüben durften.²⁰ Der Begriff hatte damit durchaus Rechtscharakter.²¹ Das daraus resultierende Jagdverbot für andere betraf aber üblicherweise nur das Hochwild, wenn auch diese Bezeichnung rechtlich noch nicht ausformuliert war.²² Aus dem Wort für das allgemeine Recht auf Befehl des Königs, Bann, wurde in Verknüpfung mit „*forestas*“ das Wort „*Bannforst*“.²³ Die erste Erwähnung eines solchen Bannforstes findet sich nach heutigem Forschungsstand in einer Urkunde Karls des Großen aus dem Jahr 800.²⁴ Bannforste dieser Art mögen aber bereits mit dem Erstarken der königlichen Hausmacht ab dem 6. Jahrhundert eingerichtet worden sein.²⁵

¹⁷ Nach Eckhardt (Fn. 12), S. 20.

¹⁸ Vgl. Schwappach (Fn. 1), S. 55.

¹⁹ Vgl. dazu Dietlein (Fn. 5), S. 2149 m. w. N.

²⁰ Vgl. Schwappach (Fn. 1), S. 55.

²¹ K. Linder, Geschichte des deutschen Weidwerks, Bd. II: Die Jagd im frühen Mittelalter, 1940, S. 211.

²² Vgl. Schwappach (Fn. 1), S. 207 f.

²³ Vgl. Schwappach (Fn. 1), S. 8, 55; königliche Wälder, bei denen dies nicht der Fall war, wurden als „*silva(e)*“ bezeichnet.

²⁴ Vgl. Schuck (Fn. 7), Einl., Rn. 6; von Forell (Fn. 13), S. 26.

²⁵ So Linder (Fn. 22), S. 211 f.

Seit der ottonischen Zeit (ca. 10. Jahrhundert) verstärkte sich der jagdliche Charakter der „*forestas*“ und die Immunität wurde auch auf Bereiche ausgedehnt, die nicht im Grundeigentum des Königs standen.²⁶ Die Verleihung von Bannforsten an Privilegierte des Reiches führte zu einem Wandel des Jagdrechts überhaupt: Einer allgemeinen Berechtigung standen immer mehr einzelne Berechtigungen gegenüber.²⁷ Während in der Anfangszeit die Verleihung von Forst- bzw. Wildbannen an Dritte noch der allgemeinen Verbots Gewalt des Königs bzw. Kaisers entsprungen sein mag, ist mit der Verleihung derselben zu Lehen zunehmend von der *Regalität* auch des damit einhergehenden Jagdrechts auszugehen.²⁸ Im 16. Jahrhundert hatte sich die Auffassung der Regalität nahezu vollständig durchgesetzt,²⁹ wenngleich auch hier keineswegs von einer homogenen Entwicklung gesprochen werden kann: Im Jahr 1562 nämlich urteilte das Reichskammergericht noch gegen die Regalität der Jagd,³⁰ im Jahr 1752 jedoch schließlich dafür.³¹

Für das 10. bis zum 13. Jahrhundert ist eine Ausdehnung der Bannforste und des mit ihnen einhergehenden Jagdregals zu beobachten, die insbesondere durch Schenkung, Belehnung und Kauf erfolgte.³² Es zeigt sich hier eine weitere Dimension des Jagdregals, und zwar eine finanzrechtliche. Denn waren Regalien im allgemeinen wohl schon zu fränkischer Zeit wichtige Finanzquellen, so wurde, wie bereits der „Kauf“ eines Bannforstes andeutet, die Verleihung auch des Jagdregals gegen Abgaben üblich.³³ Zum Ende des Mittelalters handelte es sich hierbei sogar um die „zeitweise wichtigste *abgabenrechtliche Grundlage*“ der Staatsgewalt.³⁴ Jedoch wurden Ordnungsaufgaben z. T. auch durch Jagd- bzw. Forstberechtigte wahrgenommen,³⁵ für die sich „Bestallungsurkunden“ zumindest aus dem 16. Jahrhundert finden lassen.³⁶ Dies ist einer der Gründe dafür,

²⁶ So Linder (Fn. 22), S. 186.

²⁷ Vgl. Linder (Fn. 22), S. 187, der von einer „Ablösung“ spricht, die aber wohl weder gebietsmäßig noch inhaltlich gelang.

²⁸ Vgl. Schwappach (Fn. 1), S. 59, 201.

²⁹ Vgl. Schwappach (Fn. 1), S. 588.

³⁰ „*Separata enim sunt merum imperium et jus venationis; ideoque de uno ad aliud concludenter inferri non potest*“, zit. nach Schwappach (Fn. 1), S. 591.

³¹ Urt. v. 24. April 1752: „Denn erstlich hat [...] kein Unterthan einigen befugten Anspruch auf das *Exercitium sive jus venandi*, sondern diese Gerechtigkeit kommt allein dem Herrn zu. [...] diese Gerechtigkeit unter die *Regalia cum distinctione inter majora et minora* gezehlet“, zit. nach Schwappach (Fn. 1), S. 591.

³² Vgl. Schwappach (Fn. 1), S. 200.

³³ Vgl. H. Thieme, Die Funktion der Regalien im Mittelalter, in: ders. (Hrsg.), Ideengeschichte und Rechtsgeschichte, (Forschungen zur neueren Privatrechtsgeschichte, Bd. 25), 1986, S. 187 f.

³⁴ Vgl. W. Leisner, Regalien und Sozialbindung des Eigentums, DVBl. 1984, 697/698 f., Zitat ebd., Hervorhebungen im Original.

³⁵ Vgl. Thieme (Fn. 34), S. 200.

³⁶ Vgl. von Forell (Fn. 13), S. 34.

dass etwa *Hans Thieme* gegen die allzu einseitige Klassifizierung der Regalien als Finanzrechte³⁷ Einspruch erhoben hatte.³⁸

Die Vergabe zu Lehen bildete schließlich die Grundlage für eine entgegengesetzte Entwicklung der Jagdberechtigung. War es durch die Errichtung königlicher Bannforsten auch über eigenen Grundbesitz hinweg und deren Ausdehnung zunächst zu einer Verlagerung des Jagdrechts gleichsam „von unten nach oben“, letztlich vom Markgenossen zum König gekommen, begann nun eine Beanspruchung und schließlich Vereinnahmung des Jagdregals durch die stärker werdenden Territorialherren. Zunächst ging das Recht, Bannforste zu errichten, unter dem Namen „Wildbann“ sowohl durch ausdrückliche Verleihung als auch stillschweigend auf die Fürsten über.³⁹ Dieser Wildbann bezeichnete außerdem einerseits das Jagdrecht selbst, andererseits aber auch das Gebiet, auf dem das Jagdrecht galt. Bereits im Mittelalter gab es denn auch zumal in Österreich und Bayern Bestrebungen mancher Landesherren, die Jagdausübung auf ihrem gesamten Territorium zu beanspruchen.⁴⁰ Bis Mitte des 13. Jahrhunderts endet schließlich die Bannforsterrichtung durch den Kaiser nahezu vollständig. Die Landesherren übernahmen das Jagdrecht nahezu vollständig. Neben die ihnen verliehenen Bannforsten traten vermehrt eigenes Eigentum und die überkommenen Berechtigungen als (groß-) grundbesitzende Markgenossen.⁴¹

Zeitgleich mit dem Ende der kaiserlichen Verleihungen und der Ausdehnung der besessenen Bannforste über das Territorium, etablierte sich seit dem 16. Jahrhundert die Idee der Landeshoheit insgesamt und mit ihr die Ansicht, dass die Jagdausübung ein Regal *des Landesherren* auf seinem gesamten Gebiet sei.⁴² Für das 18. Jahrhundert wurde das Jagdregal schließlich definiert als

*das aus der Landeshoheit herrührende Recht des Landesherrn, den Fang aller in den Wäldern und sonst in dem Land befindlichen wilden Tiere, die in keinem Privateigentum sind, zu dirigieren, durch Gesetze und Ordnungen zu bestimmen; die oberstrichterliche Gewalt in allen dahin gehörigen Angelegenheiten auszuüben und diesen Fang in allen jenen Gegenden zu seinem eigenen Nutzen vorzunehmen, in welchen Privatpersonen die Jagdgerechtigkeit nicht von undenklichen Zeiten hergebracht, oder durch die landesherrliche oder kaiserliche Beleihung erhalten haben.*⁴³

Während sich manche durchaus mächtigen Vasallen, Kirchen und Klöster noch im Besitz eines (begrenzten) Jagdrechts halten konnten, verloren die Bauern mit dem Verfall der markgenossenschaftlichen Strukturen ihr Jagdrecht zumeist vollständig.⁴⁴

³⁷ In diese Richtung bspw. *W. Leisner* (Fn. 35), 697/698 f.

³⁸ Vgl. *Thieme* (Fn. 34), S. 181, 191.

³⁹ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 201, 587.

⁴⁰ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 202, 588.

⁴¹ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 209.

⁴² Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 210, 588 ff., 596.

⁴³ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 594 f.

⁴⁴ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 598, 603. Seltene Ausnahme in Süddeutschland waren die Freipürschen, also Gebiete für die freie Jagd von jedermann, vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 605.

Gleichsam letzte Zuflucht eines Jagdrechts der Hintersassen waren Jagdverpachtungen, zunächst in Gestalt sog. „Gnadenjagden“, die jedoch im 17. und 18. Jahrhundert zunehmend dahin interpretiert wurden, dass nur Adelige Jagdrechte erwerben und ausüben konnten.⁴⁵

Schon früh waren aus dem Jagdregal Dienstpflichten der Untertanen abgeleitet worden, die Grundlage der späteren „Jagdfronden“.⁴⁶ Diese waren vielfältig und ebenso wie die tatsächlichen Auswirkungen des Jagdregals oft in hohem Maße belastend.⁴⁷ *Theodor Mommsen*, einer der großen Gelehrten des 19. Jahrhunderts, berichtet – bezeichnenderweise in einer anonym veröffentlichten Schrift – von deutschen Staaten,

*wo zuerst die wilden Schweine kamen, dann die Hirsch- und Rehböcke und alsdann die Unterthanen; wo das ganze Land nichts anderes war als ein großes Wildgehege und die Unterthanen die Treiber darin.*⁴⁸

Aus einer „Dorfgeschichte“ aus dem sog. Vormärz gibt *Weber-Kellermann* die Schilderung eines damaligen Jesuitenpaters wieder, der beklagt, dass die jagdlichen Beschäftigungen des Adels zumeist zum Nachteil der Bevölkerung, besonders ihres Geldbeutels gingen:

*Das letztere war bei dem Wildgehege [scil.: der Wildhege, d. Verf.] besonders der Fall [...]; wenn auch nicht direkt, so doch indirekt; denn was das gehegte Wild fraß, war doch eigentlich für die Bauern bares Geld [...]; und sie bekamen bloß ersetzt, was die Hirsche und Rehe abfraßen, und zwar sehr schlecht [...]. [...] Was die Hasen abfrasen [sic], wurde gar nicht ersetzt; und da es Gegenden gab, wo fast nur Hasen, aber in ungeheurer Menge, waren, so kam darin die allerhöchste Passion des Landesvaters dem Volke am teuersten zu stehen.*⁴⁹

Besonders die Treiber- und Fuhrdienste erregten in der ländlichen Bevölkerung nachvollziehbaren Unwillen, zumal sie regelmäßig zur Erntezeit eingefordert wurden und dadurch – von den jagdbedingten Ernteschäden abgesehen – die Einbringung der Ernte belasteten.⁵⁰ Wohl nicht ganz zufällig war denn auch die

⁴⁵ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 598 ff.

⁴⁶ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 203.

⁴⁷ Vgl. *Schwappach* (Fn. 1), S. 609 ff.

⁴⁸ *Th. Mommsen*, Die Grundrechte des Deutschen Volkes, Neudruck der anonymen Erstausgabe von 1849, 1969, S. 64.

⁴⁹ *I. Weber-Kellermann*, Jagd und Forst: Herrschaftliche gegen bäuerliche Interessen im Vormärz, in: *Piereth* (Hrsg.), Das 19. Jahrhundert, Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1815 – 1918, S. 291, 292. Die Geschichte schildert neben der Schadenssituation in der Landwirtschaft und dem zumeist langwierigen Prozess der Geltendmachung der wenigen ausgleichsfähigen Schäden die tiefe gesellschaftliche Kluft zwischen den jagenden Herrschaften und dem einfachen Volk, die aus Sicht von *Weber-Kellermann* wohl auch als Ursache dafür angesehen wird, dass Wilderei oft „mit dem Glorienschein des edlen Räubers versehen wurde“; ebda., S. 292 f.

⁵⁰ Vgl. *W. Bode/E. Emmert*, Jagdwende: vom Edelhobby zum ökologischen Handwerk, 3. Auflage 2000, S. 107 f.

Wilderei, wenngleich mit harten Strafen belegt,⁵¹ keineswegs durchgängig geächtet. Umgekehrt gab es freilich auch weitsichtige Landesherren, die zum Wohle ihrer Untertanen, gewiss aber auch im wohlverstandenen eigenen Interesse, teilweise großräumige Wildbestandsregulierungen anordneten.⁵²

D. Die Revolutionsjahre 1848/49: Beginn des modernen Jagdrechts

Noch im Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten von 1794 war die Jagdgerechtigkeit als (niedereres) Regal anerkannt.⁵³ Doch bereits Anfang des 19. Jahrhunderts gab es im Rahmen der preußischen Reformgesetzgebung erste Ansätze zur Neuordnung des überkommenen Systems, zunächst in Gestalt der *„Königlichen Verordnung über die Ablösung der Dominialabgaben“* vom 16.3.1811.⁵⁴ Mit dieser Verordnung wurde eine finanzielle Ablösung jedenfalls der „niederen“ und „mittleren Jagd“ ermöglicht: § 1 der Verordnung erklärte u. a. alle „Servituten, Bann- und Zwangsrechte“ zum Gegenstand der Ablösung. § 6 der Verordnung bestimmte aber selbst für die niedere und mittlere Jagd, dass *„einzelnen Besitzern im Gemenge liegender Grundstücke“* eine Ablösung nicht gestattet werden kann. Dies zeigt, dass das Jagdregal nur für das Ganze eines Reviers, nicht aber für einzelne Teile abgelöst werden sollte. Im gleichen Geist erklärte § 6 der Verordnung zwar die Übertragbarkeit auch der hohen Jagd zum Regelfall, sah aber dann ein Ermessen der lokalen Regierung vor, wenn *„Lokalverhältnisse halber die Konsevation einzelner Reviere nöthig ist“*. Noch weitergehende Entwicklungen erfolgten zwischenzeitlich im französisch besetzten Rheinland sowie im Königreich Westfalen, wo das Privileg der feudalen Jagd, dem französischen Revolutionsedikt von 1789 folgend, zu Beginn

⁵¹ Vgl. von Forell (Fn. 13), S. 29; Bode/Emmert (Fn. 51), S. 110 f. beschreiben sechs Monate Zwangsarbeit, zehn Jahre Galeere und Zwangsverweisung sowie lebenslange Galeere als Strafen für den ersten, zweiten bzw. dritten Verstoß in der Pfalz und Württemberg für Wilddieberei vom 16. bis 18. Jahrhundert, die bei Widerstand gegen die Festnahme auch mit dem Tode bestraft werden konnte. Letztere drohte auch bei bandenmäßigem Vorgehen. Weitere Beispiele für drastische Strafen geben sie mit dem Abschlagen der Schwurhand des Wilddiebes und dem Blenden von Personen, die im Wald mit Büchsen oder Armbrüsten angetroffen wurden in „einigen deutschen Landen ab dem 16. Jahrhundert“, a.a.O., S. 111.

⁵² Hierzu S. Schwenk, Die „Bürgerliche Revolution“ von 1848/49 und das deutsche Jagdrecht, in: Deutscher Jagdrechtstag (Hrsg.), Schriftenreihe des Deutschen Jagdrechtstags Band IX/X, 2000, S. 215 ff., die von drei Jagden im Herzogtum Württemberg berichtet, bei denen, wenngleich in einem erheblichen Zeitabstand von vielen Jahrzehnten (1581, 1737/8 und 1790), insgesamt mehr als 24.000 Stück Wild erlegt wurden.

⁵³ Vgl. 16. Titel, § 39 II ALR.

⁵⁴ Preuß. GS. S. 157.

des 19. Jahrhunderts insgesamt aufgehoben worden war, nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft freilich auch dort seine Renaissance erfahren hatte.

I. Die Verbindung von Jagdrecht und Grundeigentum

Die endgültige Zeitenwende hin zu einer modernen Ordnung der Jagd brachte schließlich das „Gesetz zur Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden und über die Ausübung der Jagd“ vom 31.10.1848.⁵⁵ Darin beschloss die Frankfurter Nationalversammlung die entschädigungslose Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund. Dem lag die Entschließung der Nationalversammlung zugrunde,

*daß das Jagdrecht lediglich ein Ausfluss des Grundeigentums, ein Zubehör des Grund und Bodens sei und jedem Grundeigentümer die Ausübung der Jagd innerhalb der Grenzen seines Grundbesitzes unter den gesetzlichen Voraussetzungen und Beschränkungen zustehe.*⁵⁶

Diese entschädigungslose Aufhebung wurde in Art. 8, § 37 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Grundrechte des Deutschen Volkes⁵⁷ wiederholt; zugleich wurden die in der obigen Entschließung formulierten Erwägungen in § 37 Abs. 1 des Gesetzes überführt: Danach lag „[i]m Grundeigentum [...] die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden“. Dieser Betonung des Jagdrechts als Ausfluss des (Grund-)Eigentums entsprach es, dass § 37 Abs. 3 des Gesetzes die Jagdgerechtigkeit lediglich als ablösbar ansah, wenn sie bereits durch einen Vertrag mit dem Eigentümer des Grundstücks begründet worden war; jedoch durfte sie nach Abs. 5 nicht – besonders nicht als Grundgerechtigkeit – wieder bestellt werden. Für die spätere Entwicklung erwies es sich als weichenstellend, dass Abs. 4 des Gesetzes die Ordnung der „Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls“ der Landesgesetzgebung vorbehielt. Diese Bestimmungen wurden praktisch unverändert in die Frankfurter Reichsverfassung übernommen. Dies betraf zumal die Verbindung von Grundeigentum und Jagdrecht in § 169 Abs. 1, die entschädigungslose Aufhebung der Jagdgerechtigkeit in Abs. 2 – es sei denn, sie war durch Vertrag begründet (Abs. 3) – sowie das Verbot ihrer Wiederbestellung in Abs. 5. Wie bereits im Reichsgesetz über die Grundrechte war auch die Zuweisung der jagdordnungsrechtlichen Befugnisse an die Landesgesetzgebung in Abs. 4 der Vorschrift normiert.

Insbesondere die Verbindung von Grundeigentum und Jagdrecht darf dabei nicht nur als Verwirklichung einer „wirtschaftsliberalen“ Stoßrichtung der Nationalversammlung missdeutet werden: Die feudalen Jagdprivilegien hatten durch die mit

⁵⁵ Preuß. GS. S. 343.

⁵⁶ Zit. nach J. Bauer, Die Jagdgesetze Preussens, 3. Aufl. 1905, S. 15.

⁵⁷ Reichsgesetz vom 27.12.1848, RGBl. 1848, S. 49/57.

ihnen verbundenen Dienstpflichten der ländlichen Bevölkerung, vor allem aber durch die häufige Überhege schadensträchtiger Wildarten, nicht selten existenzbedrohende Ausmaße angenommen, so dass die „*Aufhebung der Jagdgerechtigkeit für hunderttausende von Bauern wichtiger war als Freizügigkeit und Pressefreiheit*“.⁵⁸ Die Verbindung mit dem (Grund-)Eigentum war demnach ein wesentliches Element der oft unterschätzten Bemühungen der Frankfurter Nationalversammlung um eine Bekämpfung der Armut.⁵⁹ Zugleich hatte die Ablehnung des tradierten Jagdregals eine solche gesellschaftliche Wucht angenommen, dass selbst das Scheitern der deutschen Revolution von 1848/1849 keineswegs zum Scheitern ihrer jagdrechtlichen Regelungen führte. Vielmehr markiert die deutsche Revolution den Übergang zum modernen Jagdrecht, wie es in seinen Grundstrukturen bis heute besteht. Auch diese Entwicklung verlief freilich keineswegs bruchlos.

II. Etablierung des „Revierprinzips“

Nachdem das Jagdregal in Preußen, Bayern, Baden und Kurhessen 1848, in Staaten des „Dritten Deutschlands“ wie Sachsen und Württemberg 1849 auf öffentlichen Druck aufgehoben oder für ablösbar erklärt worden war,⁶⁰ kam es zunächst zu einer weithin unreglementierten Eigentümerjagd. Diese erwies sich in ihrer kleinteiligen Parzellierung und ihrer fehlenden Koordination schon nach kurzer Zeit als nicht praktikabel und wurde alsbald einer intensiveren Regulierung unterworfen. Im Rahmen dieser unter dem Stichwort der „restaurativen Wende“ bekannten Entwicklung kam es vereinzelt sogar zu einer vollständigen Wiederherstellung der feudalen Jagd, so namentlich in Sachsen. Anderenorts, wie etwa in Württemberg und Baden, wurden hohe Entschädigungsleistungen für die Ablösung des Jagdregals festgelegt. Wichtiger und zukunftsweisend wurde freilich die Entwicklung in den großen Ländern wie Bayern und Preußen. Nicht nur war hier – über die Forderungen der Paulskirchenverfassung hinausgehend – auch die durch Vertrag begründete Jagdgerechtigkeit entschädigungslos aufgehoben worden. Eine maßgebliche Korrektur der durch die deutsche Revolution hervorgerufenen Zersplitterung der Jagdausübung ergab sich hier aus der für kleinere Grundflächen vorgesehenen Abtrennung des Jagdausübungsrechts von dem Jagdrecht der Grundeigentümer und deren Zusammenfassung zu einer jagdausübungsberechtigten Genossenschaft. Auf der Grundlage des § 16 Abs. 4 FRV bzw. des § 167 Abs. 4 der in den Nachwehen der Revolution formulierten Erfurter Unionsverfassung ordnete das preußische Jagdpolizeigesetz (JPolG) vom 7.3.1850⁶¹ die Ausübung der

⁵⁸ H. W. Eckhardt, *Herrschaftliche Jagd, bäuerliche Not und bürgerliche Kritik*, 1976, S. 13.

⁵⁹ Vgl. dazu J. Dietlein, *Armutsbekämpfung als Thema der Frankfurter Nationalversammlung*, JA 1997, 428, 430.

⁶⁰ Vgl. J. Dietlein, *Die Jagd und das Erbe der Paulskirchenverfassung von 1849 – Von den revolutionären Wurzeln des modernen Jagdrechts*, AgrarR 1999, 105, 106.

⁶¹ Preuß. GS. S. 165.

Jagd in (Eigen-)Jagdbezirken an, die wenigsten 300 Morgen Land umfassen mussten,⁶² andernfalls das Grundstück einem gemeindlichen Jagdbezirk zugeschlagen wurde⁶³ – eine Flächenvorgabe, die im Grundsatz bis heute gilt.⁶⁴ Es war dies die Geburtsstunde des bis heute geltenden „Revierprinzips“. Allein das mit dem Grundeigentum untrennbar verbundene Jagdrecht des Grundeigentümers berechnete also fortan nicht mehr zur Ausübung der Jagd, sondern mutierte weitgehend zu einer wirtschaftlichen bzw. teilhaberechtlichen Position. Daneben musste ab vier Besitzern die Jagdausübung auf maximal drei der Besitzer übertragen oder, wie bei Gemeinden und „Korporationen“, durch einen angestellten Jäger oder Jagdpächter ausgeübt werden.⁶⁵ Von grundlegender Bedeutung war aber vor allem die Bestimmung des § 4 JPolG, wonach diejenigen Grundstücke einer Gemeinde, die keinen Eigenjagdbezirk bildeten, zu einem Gemeindegagdbezirk zusammengefasst wurden. Noch aber verblieb es bei einer erheblichen Rechtszersplitterung in den verschiedenen deutschen Staaten. Eine Vereinheitlichung brachte erst ein halbes Jahrhundert später – und auch dies keineswegs durchgängig⁶⁶ – die preußische Jagdordnung vom 15.7.1907⁶⁷ sowie schließlich das preußische Jagdgesetz vom 18.1.1934⁶⁸, das die Grundlage für das ein halbes Jahr später in Kraft tretende Reichsjagdgesetz (RJagdG) bildete.⁶⁹

III. Trennung von Jagdrecht und Jagdausübungsrecht: Verrat oder Vollendung der Revolution?

Über die Glaubwürdigkeit bzw. die tatsächlichen Hintergründe der Etablierung des sog. „Revierprinzips“ ist gerade in neuerer Zeit viel diskutiert worden. Und gewiss erscheinen bei rückblickender Betrachtung Zweifel berechtigt, ob die als Auslöser der Reform bis heute⁷⁰ gebetsmühlenartig beschriebene Gefahr einer bevorstehenden Ausrottung der Wildbestände durch die jagdlich nicht immer versierten und waffentechnisch vergleichsweise bescheiden ausgestatteten Grundeigentümer tatsächlich in dieser Form bestanden. Andererseits ist in der bisweilen sehr tendenziös geführten

⁶² § 2 lit. a Preuß. JPolG.

⁶³ Vgl. *Bauer* (Fn. 57), S. 37.

⁶⁴ § 7 I 1 BJagdG.

⁶⁵ § 3 Preuß. JPolG.

⁶⁶ So blieben in einzelnen Landsteilen wie etwa Hohenzollern, Kurhessen und Hannover zahlreiche Sonderregelungen bestehen.

⁶⁷ Preuß. GS. S. 207.

⁶⁸ Preuß. GS. S. 13.

⁶⁹ Vgl. *H. Schandau/H. Drees/H. Thies/R. Müller-Schallenberg*, Jagdrecht NRW — Kommentar, Lsbl., BfG, Einf., S. 1.

⁷⁰ Vgl. etwa *E. Metzger*, in: *Lorz/Metzger/Stöckel* (Hrsg.), Jagdrecht, BJagdG, 4. Auflage 2010, Einl., Rn. 5.

Debatte um das Revierprinzip⁷¹ bislang unbeachtet geblieben, dass die Revolutionsgesetze, insbesondere § 169 Abs. 4 der Frankfurter Reichsverfassung selbst, einen expliziten Vorbehalt in Bezug auf die „*Ausübung des Jagdrechts*“ formulierte, die „*aus Gründen [...] des gemeinen Wohls zu ordnen*“ sei. Dass es der Nationalversammlung hierbei keineswegs nur um sicherheitsrechtliche Aspekte ging, bestätigt die gesonderte Erwähnung von „*Gründen der öffentlichen Sicherheit*“ in der genannten Norm, die somit weitere Regelungen der Ausübung des Jagdrechts aus Gründen des Gemeinwohls einschließt. Vor diesem Hintergrund spricht, wie Kühne in seiner grundlegenden Untersuchung der Frankfurter Nationalversammlung betont hat,⁷² viel dafür, dass die Verfassungsväter eine Bindung der Jagdausübung an größere Flächeneinheiten als selbstverständliche und verfassungsgemäße Ausgestaltung der jagdlichen Ordnung vorausgesetzt haben. Die Etablierung des Revierprinzips wäre danach also keineswegs als „Verrat“ an den Errungenschaften der Paulskirchenverfassung anzusehen, sondern als deren „Vollendung“.

E. Überblick zur Jagdgesetzgebung bis 1933

1. Jagdgesetzgebung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Schon bald nach der gescheiterten deutschen Revolution begann in den Partikularstaaten eine umfangreiche Regulierung des Jagdwesens.⁷³ Zu nennen ist namentlich das Preußische Jagdpolizeigesetz vom 7.3.1850, das über § 18 vormalige Schonzeitenregelungen wiederherstellte. Mit dem „Gesetz über die Schonzeiten des Wildes“ vom 26.2.1870⁷⁴ wurden die Regelungen zu den Schonzeiten einschließlich der diesbezüglichen Sanktionsnormen dann in dieses Gesetz überführt,⁷⁵ das 1897 noch einmal geändert wurde.⁷⁶ Eine besondere Regelungsdynamik entwickelte sich auch im Hinblick auf die Abwicklung von Wildschäden. Bestimmte § 25 JPöG aus dem Jahre 1850 noch, dass der Ausgleich von Wildschäden der vertraglichen Regelungen in Pachtverträgen überantwortet bleibe und es folglich keinen gesetzlichen Anspruch auf den Ersatz von Wildschäden gibt, wurde dieser Ansatz durch

⁷¹ Vgl. etwa Bode/Emmert (Fn. 51), S. 115 ff.

⁷² J.-D. Kühne, Die Reichsverfassung der Paulskirche, 2. Aufl. 1998, § 9 II B 2, S. 280 f.

⁷³ Für einen Überblick über die Landesjagdgesetzgebung zwischen 1848 und 1934 – auch in anderen Partikular- bzw. späteren Gliedstaaten vgl. C. N. Marders, Das Bundesjagdgesetz von 1952 sowie die Novellen von 1961 und 1976, 2009, S. 42 ff.

⁷⁴ Preuß. GS. S. 120.

⁷⁵ Dies zumindest teilweise: § 5 des Wildschongesetzes betraf nur das Einfangen und Töten, während § 18 Abs. 2 S. 2 auch „*sonstige Übertretungen der Vorschriften über Hege- und Schonzeiten*“ mit einer Geldbuße bis 50 Taler bewährte, vgl. Bauer (Fn. 57), Das preußische Jagdpolizeigesetz vom 7. März 1850, § 18 Bem. 3, S. 160.

⁷⁶ Gesetz v. 13.8.1897 (GS. S. 391).

das Wildschadengesetz vom 11.7.1891⁷⁷ weitgehend aufgegeben. Für gemeinschaftliche Jagdbezirke (Gemeinde- und Gutsbezirksjagden) außerhalb der Provinz Hannover und dem vormaligen Kurfürstentum Hessen (Präambel) war nunmehr zumindest der durch Schwarz-, Rot-, Elch- und Damwild an und auf Grundstücken verursachten Schaden zu ersetzen. Diese Pflicht traf nach § 2 des Gesetzes die Grundstücksbesitzer des Jagdbezirks nach der Größe ihrer Grundstücke. Mit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 1.1.1900⁷⁸ galt diese Norm als nicht mehr anwendbar⁷⁹ und durch § 835 BGB (a. F.) ersetzt, der die Ersatzpflicht auf denjenigen Grundstücken festschrieb, „[...] an welchem dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht“. Schließlich traf Preußen mit Gesetz vom 31. Juli 1895⁸⁰ umfangreiche Bestimmungen zum Jagdschein.

II. Jagdgesetzgebung zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Mit der Thronbesteigung Wilhelms II. setzte nicht nur in Preußen eine über rein eigentumsrechtliche bzw. ökonomische Aspekte hinausgehende Regulierung des Jagdwesens ein, die zunehmend Aspekte der Wildhege und des Tierschutzes bzw. der Waidgerechtigkeit in den Mittelpunkt rückte. Zu nennen ist neben dem preußischen „Wildschongesetz“ vom 14.7.1904 etwa auch die Königliche Verordnung vom 6.6.1909 für Bayern, die bereits zahlreiche Verbote nicht waidgerechter Formen der Jagdausübung normierte.⁸¹ Spätestens mit Beginn der 1920er-Jahre fanden sich entsprechende Zielausrichtungen auch in den übrigen Gliedstaaten des Reiches. In diesem Sinne sah etwa § 5 des sächsischen Jagdgesetzes (Sächs-JagdG) vom 1.7.1925 vor, im Rahmen der notwendigen Begrenzung der Wildbestände das Wild zu schonen und zu hegen sowie alles zu vermeiden, was zu seiner Ausrottung führe. Darüber hinaus enthielt es verschiedene grundlegende Bestimmungen. So definierte und erklärte § 1 Abs. 1 SächsJagdG: „*Das Recht zur Aneignung herrenloser jagdbarer Tiere (Jagdrecht) ist Bestandteil des Grundeigentums.*“. Dieses Recht wurde sodann in § 3 Abs. 1 Nr. 1 SächsJagdG insbesondere auf die Befugnis präzisiert, „*das Wild zu fangen, zu erlegen und zu hegen*“, wobei sich jagdpolizeiliche Einschränkungen aus § 1 Abs. 1 S. 2 SächsJagdG ergaben. § 2 SächsJagdG definierte die jagdbaren Arten. Erlaubt war die Jagd nur in den Jagdbezirken (§ 6 SächsJagdG), die möglichst mit den Gemeindebezirken übereinstimmen sollten (§ 8 SächsJagdG). Sowohl für Gemeinde- als auch – auf

⁷⁷ Preuß. GS. S. 307.

⁷⁸ Ausfertigung am 18.8.1896, RGBI. S. 195.

⁷⁹ So *Bauer* (Fn. 57), Das preußische Wildschadengesetz vom 11. Juli 1891, § 1 Bem. 3, S. 214.

⁸⁰ Preuß. GS. S. 304.

⁸¹ Zit. nach *G. Kollmer*, Der Jagdfrevel, Diss. Regensburg, 2000, S. 13, Fn. 43 m.w.N.; zur preußischen Regelung vgl. Preuß. GS. S. 159.

Antrag errichtbare – Eigenjagdbezirke war eine Mindestgröße von 150 ha vorgesehen (§§ 8 Abs. 2, 10 Abs. 1 SächsJagdG), die nur in Ausnahmefällen auf 75 ha reduziert werden konnte (§§ 11 Abs. 2 SächsJagdG). Erinnerungen an die freie Jagd auf dem Sondereigen (vgl. oben B. 1.) weckt hingegen § 13 Abs. 1 SächsJagdG, der innerhalb von Häusern, Hofräumen und wildgesicherten Gärten und Teichen immerhin die (gewehrlose) Jagd auf die (jagdbaren) Raubtiere und wilde Kaninchen zugestand, die aber dem Jagdausübungsberechtigten – immerhin gegen ein Viertel des Wertes – unverzüglich abzuliefern waren. Eine weitere Schutzvorschrift erging in Gestalt von § 14 Abs. 1 SächsJagdG, der Eigentümern von Grundstücken, „die gegen Zutritt des Wildes dauernd und vollständig eingefriedet sind“, die Erklärung eines (dortigen) Ruhenlassens der Jagd ermöglichte. Die gleiche Möglichkeit bestand nach dieser Vorschrift bezüglich öffentlicher Anlagen und Parks. Das sächsische Landesjagdgesetz bestimmte außerdem die Jagdberechtigten eines Jagdbezirks wie heute zu Mitgliedern einer Jagdgenossenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 17 SächsJagdG) und gab dieser eine detaillierte Organisation und Zuständigkeit (§§ 18 ff. SächsJagdG). Private Jagdverpachtungen durften die Dauer von 9 Jahren nicht unterschreiten, waren schriftlich zu schließen (§ 26 Abs. 1 und 2 SächsJagdG) und unterlagen der Genehmigung der Jagdaufsichtsbehörde.⁸² Wurde die zur Jagd nötige Jagdkarte (§ 32 Abs. 1 SächsJagdG) entzogen, erlosch der Pachtvertrag (§ 27 Abs. 2 SächsJagdG). Erfolgte die Verpachtung durch die Jagdgenossenschaft, so musste diese in öffentlicher Versteigerung erfolgen (§ 31 Abs. 1 S. 1 SächsJagdG), war aber nicht an das Meistgebot gebunden (§ 31 Abs. 1 S. 2 SächsJagdG), was *Weigel* auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Charakterisierung des Jagdrechts auf das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Jagdgenossenschaft und Jagdpächter zurückführt.⁸³ Die Ausstellung der Jagdkarte war zwar bei persönlichen Defiziten (Entmündigung, körperliche oder geistige Mängel, Verbrechen, auch eine frühe Form der Zuverlässigkeitsprüfung, vgl. § 35 SächsJagdG) zu versagen, eine bestimmte Prüfung sah das sächsische Landesjagdgesetz aber nicht vor. Wildschaden war grundsätzlich zu ersetzen.⁸⁴

Auch bei der Thüringischen Jagdordnung (ThürJO) vom 24.4.1926 stand die Verbindung von Grund und Jagdrecht an erster Stelle.⁸⁵ Einen prominenten Rang nahm zudem die erstmals als genuine Pflicht ausformulierte Hegepflicht ein: Sie wurde zum einen in § 2 Abs. 1 Nr. 1 ThürJO an erster Stelle noch vor den weiteren Beschreibungen (Aneignung verendeten Wildes, Zerstörung der Gelege ungeschützter Raubvögel u. a.) in die Beschreibung der mit der Ausübung des Jagdrechts verbundenen Befugnisse aufgenommen und zum anderen erstmals in § 4

⁸² Dies waren entweder die Amtshauptmannschaft, in bezirkfreien Gemeinden der Gemeinderat oder das Polizeiamt, sofern vorhanden, vgl. § 51 Abs. 1 SächsJagdG.

⁸³ Vgl. *M. Weigel*, Das Sächsische Jagdgesetz vom 1. Juli 1925, Jagdgesetz, § 31 Bem. 1, S. 65.

⁸⁴ Vgl. §§ 45 ff. SächsJagdG.

⁸⁵ § 1 Abs. 1 S. 1 ThürJO.

Abs. 1 ThürJO den weiteren Bestimmungen zur Jagdausübung systematisch vorangestellt. Auch dort war die Ausübung des Jagdrechts an Jagdbezirke gebunden (§ 5 Abs. 1 S. 1 ThürJO), die wie üblich entweder Eigen- oder Gemeinschaftsjagdbezirke waren (§ 5 Abs. 1 S. 2 ThürJO). Auch galt in ihr bereits die 75 ha-Untergrenze für solche Eigenjagdbezirke (§ 6 Abs. 1 S. 1 ThürJO).⁸⁶ Aber auch „Gemeinschaftsbezirke“ mussten nach § 8 Abs. 1 ThürJO mindestens 75 ha aufweisen und es wurde angestrebt, durch Angliederungen möglichst keine Flächen zu haben, die keinem Jagdbezirk angehörten.⁸⁷ Insofern wurde das Revierprinzip im Sinne einer flächendeckenden Wildbewirtschaftung konsequent verwirklicht. Die Gesamtheit der Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten eines Gemeinschaftsbezirks bildeten nach § 18 ThürJO eine Jagdgenossenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts, wie es auch heute der Fall ist, wenngleich § 9 BJagdG die Jagdgenossenschaften nicht mehr explizit als öffentlich-rechtliche Körperschaft bezeichnet. Was die Jagdausübung anbelangte, legte die Thüringische Jagdordnung nicht nur in § 32 Schonzeiten für verschiedenes Wild und Wildarten fest, sondern verbot auch bestimmte (nicht waidgerechte) Jagdmethoden. So beschränkte sie die Hetzjagd im Wesentlichen auf Schwarzwild (§ 34 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 ThürJO), untersagte Selbstschüsse und Schlingen (§ 34 Abs. 1 Nr. 3 ThürJO) sowie den Schrotschuss auf Rot- oder Damwild (§ 34 Abs. 1 Nr. 7 ThürJO). Maßstäbe setzte diese Jagdordnung auch mit ihren jagdpachtrechtlichen Vorgaben, die – wie das Sächsische Jagdgesetz ein Jahr zuvor – nunmehr auch Bestimmungen zur (neunjährigen) Mindestpachtdauer (§ 26 Abs. 5 ThürJO) oder zur Auflösung des Pachtvertrages im Falle des Jagdscheinentzuges umfassten (§ 28 ThürJO). Auch die Qualifikation der Jagenden wurde, ausgehend vom preußischen Jagdscheingesetz vom 31.7.1895, verstärkt Gegenstand landesstaatlicher Regulierungen. So konnte über § 41 ThürJO die Ausstellung eines Jagdscheines von der Kenntnis der wichtigsten Jagdregeln und der erforderlichen Übung im Umgang mit Jagdwaffen abhängig gemacht werden. Nach Aufbau, Gliederung und Formulierungen kann die thüringische Jagdordnung durchaus als Vorbild für das spätere Reichsjagdgesetz gelten, wie etwa in Bezug auf die jagdpachtrechtlichen Vorschriften.⁸⁸ Bezeichnend für die fortschreitende tierschutzrechtliche Orientierung der Jagdgesetzgebung ist auch die preußische Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 16.12.1929,⁸⁹ die sowohl ein Jagdverbot auf geschützte Tierarten enthielt (§ 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1 VO) als etwa auch den Schrotschuss auf Schalenwild (§ 4 S. 1 VO) oder das Jagen mit künstlichen Lichtquellen (§ 3 Abs. 3 VO) verbot.

⁸⁶ Kleinere Flächen konnten daneben auf Antrag zu solchen erklärt werden, wenn sie die übrigen Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 S. 1 ThürJO erfüllten, vgl. § 7 Abs. 1 ThürJO.

⁸⁷ Vgl. § 9 Abs. 1 ThürJO.

⁸⁸ Vgl. P. Leonhardt, Die Wurzeln des Bundesjagdgesetzes, in: Jagdkultur - gestern, heute, morgen. (Schriftenreihe des Landesjagdverbandes Bayern e.V., Band 17), 2008, S. 35, 38.

⁸⁹ Preuß. GS. S. 189.

F. Das Reichsjagdgesetz

I. Entstehung und Inhalt des Reichsjagdgesetzes

Am 3.7.1934 wurde das Reichsjagdgesetz verabschiedet.⁹⁰ Es enthielt die erste länderübergreifend verbindliche Kodifikation von Jagdvorschriften und löste insgesamt 17 Partikularrechte ab.⁹¹ Das Gesetz baute im Wesentlichen auf dem Regelungskonzept des preußischen Jagdgesetzes vom 18.1.1934⁹² auf, das ebenso wie das Reichsjagdgesetz *U. Scherping* als Entwurfsverfasser zugeschrieben wird.⁹³ Entstehungsgeschichtlich kann man das Preußische Jagdgesetz und das Reichsjagdgesetz dementsprechend durchaus als ein im Kern einheitliches Werk interpretieren. Auch das Reichsjagdgesetz folgte der nun etablierten Verbindung von Jagd und Eigentum. Nach § 3 Reichsjagdgesetz stand das Jagdrecht „dem Eigentümer auf seinem Grund und Boden zu.“ (S. 1) und war „*untrennbar mit dem Eigentum am Grund und Boden verbunden*“ (S. 2). Zugleich hielt es am Revierprinzip fest: Gem. § 5 Abs. 1 RJagdG durfte das Jagdrecht „*nur auf Jagdbezirken (Eigenjagdbezirken und gemeinschaftlichen Jagdbezirken) und auf Grundflächen, die Eigenjagdbezirken oder gemeinschaftlichen Jagdbezirken angegliedert sind, ausgeübt werden.*“ Jagdausübungsberechtigt in Eigenjagdbezirken war der Eigentümer oder „Nutznießer“, in gemeinschaftlichen Jagdbezirken stand die Jagdausübung der Jagdgenossenschaft zu (§ 5 Abs. 2 und 3 RJagdG). Eigenjagdbezirke mussten mindestens 75 ha umfassen, je nach Gegend auch bis zu 500 (§ 8 Abs. 1 und 2 RJagdG). Für Gemeindejagdbezirke lag diese Untergrenze bei 150 ha (§ 9 Abs. 1 RJagdG), konnte je nach Umständen auch auf bis zu 75 ha herab- oder bis zu 500 ha heraufgesetzt werden (§ 9 Abs. 1 RJagdG). Zentral war die erstmalige normative Festschreibung des Grundsatzes der Waidgerechtigkeit als Direktive der legalen Jagdausübung in § 4 RJagdG. Zwar war der Gedanke des Tier- und Naturschutzes in der Jagd – wie die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben – keineswegs neu,⁹⁴ nunmehr war er aber

⁹⁰ RGBl. I S. 549.

⁹¹ Vgl. § 71 Abs. 2 Nr. 4 RJagdG.

⁹² Preuß. GS. S. 13.

⁹³ So führt *U. Scherping* in seinem Buch „Waidwerk zwischen den Zeiten“, 2. Aufl. 2009 (nach der Originalauflage 1950), S. 39, zum Preußischen Jagdgesetz aus: „So lag das Reichsjagdgesetz in seinem materiellen Teil bereits 1932 fertig in meinem Arbeitstisch.“ Zugleich bekennt *Scherping* dort aber, dass die juristische Ausarbeitung, die er vom materiellen Teil trennt, bei dem damaligen Justitiar des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, *Vollbach*, lag (S. 39 f.). Insofern bedarf die inhaltliche Zuschreibung des Gesetzesentwurfes zu *Scherping* sicherlich einer gewissen Relativierung.

⁹⁴ Vgl. soeben C.

umfassend und auch reichsrechtlich verankert.⁹⁵ Die Jagdgenossenschaft wurde gebildet von allen Jagdberechtigten eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks (§ 10 Abs. 1 RJagdG, also maßgeblich von den Eigentümern). Zudem kodifizierte das Reichsjagdgesetz die Abschussplanung mit dem Ziel einer nachhaltigen Jagdbewirtschaftung, so dass

*ein in seinen einzelnen Stücken gesunder Wildbestand aller heimischen Wildarten in angemessener Zahl den kommenden Geschlechtern erhalten bleibt.*⁹⁶

Eine wesentliche Änderung brachte außerdem die Beschränkung der Pachtfähigkeit auf natürliche Personen.⁹⁷ Dies war das Ende der Jagdpacht durch die im ländlichen Raume verbreiteten „Jagdgesellschaften“, die noch in der preußischen Jagdordnung zugelassen waren.⁹⁸

II. Das Reichsjagdgesetz – eine rechtshistorische Bewertung

Bis heute wird über die rechtshistorische Bewertung des Reichsjagdgesetzes gestritten, dessen Realisierung maßgeblich auf die Initiative des damaligen Reichsministers und in den Nürnberger Prozessen als NS-Kriegsverbrecher verurteilten „Reichsjägermeisters“ *Hermann Görings* zurückging, der bei Erlass des preußischen Jagdgesetzes zugleich als preußischer Ministerpräsident fungiert hatte. Ohne die Kontroverse an dieser Stelle vollumfänglich aufarbeiten zu können, dürfte eine pauschale Einordnung des Reichsjagdgesetzes als „Nazi-Gesetz“ ebenso verfehlt sein wie dessen pauschale Freisprechung von nationalsozialistischem Gedankengut. Ein Produkt der NS-Gesetzgebung war das Gesetz zunächst zweifellos insoweit, als es auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes vom 24.3.1933 durch bloßen Kabinettsbeschluss und damit ohne die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen unabdingbare parlamentarische Beteiligung zustande gekommen ist. Materiell im Geist des Nationalsozialismus waren zudem zweifellos die Zusammenfassung der Jägerschaft in dem gleichgeschalteten und nach dem „Führerprinzip“ organisierten „Reichsbund Deutsche Jägerschaft“, aber auch die Neuinterpretation des Wildes als „Volksgut“. Freilich findet sich letztgenannte Formulierung lediglich in der auf Wunsch *Görings* in das Gesetz eingefügten und in klassischem NS-Jargon abgefassten Präambel. In der Sache hielt das Reichsjagdgesetz dagegen recht eindeutig an der tradierten Zuordnung des

⁹⁵ Vgl. etwa § 4 S. 3 (Verbot der Ausrottung), §§ 32 ff., besonders § 33 (verbotene Jagdmethoden), § 36 Abs. 3 (Jagd auf [Natur-]Schutzgebieten) § 38 (Schonzeiten) RJagdG.

⁹⁶ § 37 Abs. 1 S. 2 RJagdG.

⁹⁷ Vgl. § 12 Abs. 4 RJagdG.

⁹⁸ Vgl. § 22 Nr. 2 PreußJO.

Jagdrechts zum Grundeigentum fest (§ 3 Abs. 1 RJagdG), sodass die Präambel de iure in einem durchaus beachtlichen Widerspruch zu den materiellen Regelungen des Gesetzes steht. Auch die Regelungen zum Verbot nicht waidgerechter Jagdmethoden oder die mit dem Reichsjagdgesetz fortgeschriebenen Bestimmungen etwa zum Revierprinzip wird man schwerlich als Ausprägung nationalsozialistischer Ideologie ansehen können. Entsprechendes gilt im Ergebnis für die Etablierung der schon in § 42 des Preußischen Jagdgesetzes von 1934 kodifizierten behördlichen Abschussplanung durch § 37 RJagdG, mag hierbei für den prunksüchtigen *Göring* auch gewiss das Ziel der Heranreifung starker Trophäen von großer Bedeutung gewesen sein. Ohnehin handelte es sich bei der erstmaligen Festschreibung einer formalen Abschussplanung, wie *Leonhardt* ausführlich dargestellt hat,⁹⁹ keineswegs um eine grundlegende Innovation der Gesetzgebung. Vielmehr war die Einreichung entsprechender Planungen („*Schussetat*“) schon in der Vergangenheit gelebte Praxis etwa in der Bayerischen Staatsforstverwaltung, die mit Finanzministerdekret vom 6.5.1850 entsprechende Vorgaben zumal für die Verpachtung von Staatsjagden gemacht hatte.

G. Das Jagdrecht in der Nachkriegszeit

Nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur im Jahre 1949 erfolgte die Auflösung der „Reichsbundes Deutsche Jägerschaft“¹⁰⁰ sowie die Aufhebung des Reichsjagdgesetzes in der sowjetischen, der französischen und der amerikanischen Zone.¹⁰¹ Die kurze Zeit der jagdlichen Rechtseinheit in Deutschland war damit vorüber. Allerdings war die „Lagerung“ von Waffen als „Kriegsmaterial“ durch das Kontrollratsgesetz Nr. 43 v. 20.12.1946 zunächst ohnehin in sämtlichen Zonen unter erheblicher Strafdrohung¹⁰² verboten, so dass zwangsläufig auch die (legale) Jagdausübung zunächst ruhte. In den Ländern Württemberg, Baden, Bayern, Hessen und Bremen wurde in der Folgezeit eine Vielzahl von Regelungen wieder in Geltung gesetzt, die man 1934 als unzulänglich angesehen hatte.¹⁰³ Der Widerstand gegen diese veralteten

⁹⁹ *Leonhardt* (Fn. 89), S. 40 f.

¹⁰⁰ Art. I Abs. 2 i. V. m. Nr. 48 Anhang Kontrollratsgesetz Nr. 2 v. 10.10.1945, ABl. Kontrollrat S. 19.

¹⁰¹ Zur Aufhebung des RJagdG in der amerikanischen Zone mit Wirkung vom 1.2.1949 vgl. US MilReg-Gesetz Nr. 13 vom 15.11.1948.

¹⁰² Die durch *Schuck* (Fn. 7), Einl., Rn. 6 verwendete Formulierung („mit der Todesstrafe geahndet“) erscheint insofern missverständlich, als sie den Eindruck erweckt, als sei dies die einzig mögliche Strafe gewesen. Tatsächlich differenzierte das Gesetz nach der Schwere des Verstoßes zwischen „Gefängnis bis zu fünf Jahre“ (Art. VI Abs. 1 lit. a) bis hin zu lebenslanger Haft und der Todesstrafe (Art. VI Abs. 1 lit. c).

¹⁰³ Vgl. *G. Mitzschke/K. Schäfer*, BJK, 4. Aufl. 1982, Einl., Rn. 2.

Regelwerke führte zur Schaffung von neuen Landesjagdgesetzen in den betroffenen Zonen.¹⁰⁴ Lediglich in der britischen Zone und in Berlin blieb das Reichsjagdgesetz in Kraft, in (West-) Berlin sogar bis 1986.¹⁰⁵ Erhebliche Diskussionen löste die von der amerikanischen Besatzungsmacht für Süddeutschland favorisierte Ersetzung der Revierjagd durch das US-amerikanische Lizenzjagdmodell aus, was insbesondere in Jägerkreisen auf massive Ablehnung stieß.¹⁰⁶ Am Ende stimmte der Bayerische Landtag gegen die Empfehlung der Militärverwaltung.¹⁰⁷

Nicht zuletzt durch den bundesweiten Zusammenschluss der Landesjagdverbände im Deutschen Jagdschutz-Verband gelangte der Ruf nach Schaffung eines einheitlichen Bundesjagdgesetzes wieder auf die Tagesordnung. Im Januar 1950 legte der Deutsche Jagdschutz-Verband einen Entwurf vor, der auch Gegenstand von Beratungen des Deutschen Bundestages wurde.¹⁰⁸ Die Realisierung des Gesetzesvorhabens scheiterte aber am Bundesrat, der für die z. T. sehr detaillierten Regelungen keine hinreichende Bundesrahmenkompetenz i. S. v. Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 GG a. F. sah.¹⁰⁹ Ein zweiter Anlauf sollte letztlich erfolgreich sein. Am 20.1.1951 legte die Bundesregierung einen nochmals veränderten Entwurf vor.¹¹⁰ Nach Anrufung des Vermittlungsausschusses sowohl durch den Bundestag als auch durch den Bundesrat gelang Ende 1952 schließlich der erfolgreiche Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens.¹¹¹ Das Bundesjagdgesetz als sog. „Rahmengesetz“ des Bundes wurde schließlich am 2. Dezember verkündet¹¹² und trat am 1.4.1953 in Kraft.¹¹³ Nahezu wortgleich mit dem Reichsjagdgesetz und in der Tradition der Paulskirche verkündet es an gleicher Stelle in § 3 Abs. 1 S. 1 und 2 die untrennbare Verbindung von Grundeigentum und Jagdrecht.

In der Folge ergingen in Ausfüllung des Bundesrahmengesetzes vielfältige landesrechtliche Regelungen,¹¹⁴ die indes durch das einigende Band des Bundesjagdgesetzes auf einer gemeinsamen Linie verblieben. Ohnehin hatte der Bund seine Rahmenkompetenz mit dem Erlass des Bundesjagdgesetzes weithin bis an die Grenzen

¹⁰⁴ Bayern: G vom 15.12.1949, GVBl., S. 33, m. W. v. 1.2.1949; Württemberg-Baden: G. Nr. 614 vom 19.7.1948, RegBl. S. 171 u. a.; Bremen: ÄndG zur Jagdordnung von 1889 vom 26.9.1950, GesBl., S. 104; Hessen: G. vom 29.9.1950, GVBl., S. 197 u. a. m.

¹⁰⁵ Vgl. Metzger (Fn. 72), Einl., Rn. 5 m.w.N.

¹⁰⁶ Vgl. zum Diskussionsstand Dietlein (Fn. 61), 105, 107.

¹⁰⁷ Vgl. H. Hornung, „Wild und Hund“ – Spezialisierung seit einem guten Jahrhundert, in: Dernbach/ Quandt (Hrsg.), Spezialisierung im Journalismus, Wiesbaden 2009, S. 197/202.

¹⁰⁸ Vgl. Mitzschke/Schäfer (Fn. 104), Einl., Rn. 8 f.

¹⁰⁹ Vgl. Mitzschke/Schäfer (Fn. 104), Einl., Rn. 11.

¹¹⁰ Vgl. Mitzschke/Schäfer (Fn. 104), Einl., Rn. 12.

¹¹¹ Vgl. Mitzschke/Schäfer (Fn. 104), Einl., Rn. 14.

¹¹² BGBl. I S. 780.

¹¹³ Vgl. Mitzschke/Schäfer (Fn. 104), Einl., Rn. 14.

¹¹⁴ So bspw. das Hessische Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 16.6.1953 (Hess. GVBl. I S. 27) oder das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 31.3.1953.

ausgeschöpft, so dass die Spielräume der Länder eher gering waren. Bereits drei Jahre nach Inkrafttreten des Bundesjagdgesetzes legte der Deutsche Jagdschutzverband den Entwurf für eine Novelle vor, die insbesondere die Mindestgröße bei Teilverpachtung von Jagdbezirken, Jagdpachtverträge (z. B. Erhaltung des Vertrags bei Kündigung oder Unwirksamkeit gegenüber einem Mitpächter), den Wildhandel und die Beteiligung der Jägerschaft bei der Jagdscheinerteilung betrafen. Dieser wurde als interfraktioneller Antrag am 14.11.1956 in den Bundestag eingebracht,¹¹⁵ gelangte aber wegen des Ablaufs der Legislaturperiode nicht mehr zur Verabschiedung und wurde in veränderter Form 1959 neu eingebracht.¹¹⁶ Er war schließlich als Erstes Änderungsgesetz am 16.3.1961 erfolgreich.¹¹⁷ Dem folgte eine Landesgesetzeswelle, die jedoch zugleich eine weitere Annäherung der Landesregelungen mit sich brachte.¹¹⁸ Änderungen des Strafrechts, des Ordnungswidrigkeitenrechts sowie des Waffenrechts brachten dann zwischen 1968 und 1974 auch dem Bundesjagdgesetz einzelne Änderungen.¹¹⁹ Mit dem in den 1970er Jahren beginnenden Bedeutungszuwachs des Umwelt- und Naturschutzes auf nationaler wie internationaler Ebene geriet das traditionelle Jagdrecht zunehmend in die Defensive: So kam die Unterordnung geschonter Tierarten unter das Regime des Naturschutzes unter Wegfall der jagdlichen Hegepflicht in die Debatte.¹²⁰ Mit der Verabschiedung des Zweiten Änderungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz am 1.7.1976¹²¹ kam es erstmals zu einer Verringerung des Katalogs der jagdbaren Arten. Noch zweimal vor der Wiedervereinigung wurde das Bundesjagdgesetz geändert, wenn auch nicht grundlegend reformiert.¹²²

H. Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik

Der sozialistischen Ideologie entsprechend wurde die Verbindung von Grundeigentum und Jagdrecht in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch das „Gesetz zur Regelung des Jagdwesens“ vom 25.11.1953¹²³ auch formal aufgehoben und das Wild zum Volkseigentum erklärt.¹²⁴ Ziel der Jagd war fortan im Allgemeinen die „Bekämpfung von Raubwild und Schädlingen der Landwirtschaft“¹²⁵.

¹¹⁵ BT-Drs. 02/2868.

¹¹⁶ BT-Drs. 03/1025.

¹¹⁷ BGBl. I S. 221.

¹¹⁸ Vgl. *Mitzschke/Schäfer* (Fn. 104), Einl., Rn. 18.

¹¹⁹ Vgl. i. E. *Mitzschke/Schäfer* (Fn. 104), Einl., Rn. 19 f.

¹²⁰ Vgl. *Mitzschke/Schäfer* (Fn. 104), Einl., Rn. 23.

¹²¹ Verkündung am 28.9.1976, BGBl. I S. 2841.

¹²² Durch G. v. 29.3.1983 (BGBl. I S. 377) und G. v. 28.6.1990 (BGBl. I S. 1221 und 1242).

¹²³ GBl. S. 1175.

¹²⁴ Vgl. § 1 JagdG DDR sowie *Schuck* (Fn. 7), Einl., Rn. 8.

¹²⁵ § 2 Abs. 3 JagdG DDR. Die erstere Pflicht wurde in § 3 S. 3 JagdG DDR als Recht aufgegriffen.

Zusammenhängende Jagdgebiete mussten eine Größe von mindestens 1000 ha aufweisen und waren damit erheblich größer als die Mindestgröße der Eigenjagdbezirke des fast genau ein Jahr zuvor erlassenen Bundesjagdgesetzes.¹²⁶ Eigentumsrechtliche Rücksichtnahmen erfolgten nicht, zumal privates Eigentum in entsprechender Flächengröße nach den sog. Bodenreformen von 1945–1948 nicht mehr existierte. Dem sozialistischen Kollektivgedanken entsprechend stand das Jagdrecht zuvor-derst staatlich beauftragten Jagdberechtigten, Jagdberechtigten „mit besonderer Jagderlaubnis“ und zuletzt „Jagdteilnehmern mit Jagdteilnahmeschein“ zu.¹²⁷ Sie waren zur Kollektivjagd berechtigt, deren Leitung aber stets einem „Jagdberechtigten“ oblag, dem der bloße (private) „Jagdteilnehmer“ untergeordnet war. Sämtliche Jagdrechte wurden staatlich verliehen.¹²⁸ Wie sich aus § 9 S. 1 und § 10 JagdG DDR ergibt, hatte das noch bestehende Grundeigentum keine Auswirkungen auf eine Jagdberechtigung. Jagdgebiete wurden nach diesen Vorschriften einerseits staatlich zugewiesen; andererseits durfte der Jagdberechtigte auf fremdem Grund entschädigungslos „Anlagen zur Jagdausübung und Wildhege“ errichten.¹²⁹ Eigenjagdbezirke bestanden nicht. Bei der Jagd waren die „berechtigten Belange der Grundeigentümer“ zu beachten, „insbesondere besäte Felder und nicht abgemähte Wiesen zu schonen“.¹³⁰ Such- oder Treibjagden auf reifen Feldern waren gänzlich verboten;¹³¹ im Gegensatz zu durch die Jagdanlagen entstehenden Schäden war ein bei „nichtbräuchlicher“ Jagdausübung entstehender Schaden zu ersetzen.¹³² Um sich vor Wildschaden zu schützen, durfte der Eigentümer außerdem solche Maßnahmen treffen, die nicht dem Fang, der Verletzung oder dem Töten des Wildes dienten.¹³³

Dem planwirtschaftlichen Denken der sozialistischen Führung weniger zuwider lief die bereits unter dem Reichsjagdgesetz etablierte staatliche Abschussplanung, die folgerichtig – ebenso wie im Bundesjagdgesetz – auch in der DDR beibehalten wurde.¹³⁴ Auch ansonsten traf das Jagdgesetz der DDR durchaus auch aus dem Bundesjagdgesetz bekannte Regelungen, so etwa Ermächtigungen zur Bestimmung von Jagd- und Schonzeiten (§ 16 JagdG DDR) und Vorschriften zur Wildhege, zur Erhaltung eines bestimmten Wildbestands (§ 17 JagdG DDR) oder zur Fütterung in Notzeiten

¹²⁵ Vgl. Schuck (Fn. 7), Einl., Rn. 8.

¹²⁶ Dort legte § 7 Abs. 1 S. 1 BJagdG eine Mindestgröße von lediglich 75 ha fest.

¹²⁷ Vgl. § 5 Abs. 1 JagdG DDR.

¹²⁸ Vgl. § 5 Abs. 1 S. 1; § 6 Abs. 2; § 8 Abs. 2 JagdG DDR.

¹²⁹ Der Schutz der Jagdgebietsgrenzen wurde demgegenüber in § 10 f. JagdG DDR ausführlich geregelt. Wechselte ein krankgeschossenes Wild das Jagdgebiet, war zunächst der zuständige Jagdgebietsverantwortliche zu verständigen. Nur mit seiner Zustimmung durfte nachgesucht werden. Lediglich bei Wild in Sichtweite durfte diese Verständigung unverzüglich nachträglich erfolgen und sofort nachgesucht werden.

¹³⁰ § 12 Abs. 1 S. 1 JagdG DDR.

¹³¹ Vgl. § 12 Abs. 1 S. 2 JagdG DDR.

¹³² Vgl. § 12 Abs. 2 JagdG DDR.

¹³³ Vgl. § 25 JagdG DDR.

¹³⁴ Vgl. § 13 Abs. 1 S. 1.

(§ 20 JagdG DDR). Im Jahre 1962 erfolgte eine weitere Sozialisierung des Jagdrechts,¹³⁵ indem verschiedene Kompetenzen des bis dahin zuständigen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft auf ein „*Staatliches Komitee für Forstwirtschaft*“ beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR übertragen wurden.¹³⁶ Auch wurden die Jagdgemeinschaften durch sog. „Jagdgesellschaften“ ersetzt, sodass unter „Jagdberechtigtem“ nunmehr „jeder in der Jagdgesellschaft als Mitglied organisierter Jäger mit gültiger Jagderlaubnis zu verstehen“¹³⁷ war. Der zuständige Jagdgebietsverantwortliche war nunmehr der zuständige Jagdleiter, der in den entsprechenden Vorschriften auch die sonstigen (individuellen) Jagdberechtigten ersetzte.¹³⁸ Änderungen des materiellen Jagdrechts waren mit diesen Änderungen nicht verbunden. Mit dem Jagdgesetz vom 5.6.1984¹³⁹ wurde das Jagdrecht ein letztes Mal vor der Wiedervereinigung geändert. Dies betraf im Gesetz selbst und in den Durchführungsverordnungen etwa staatliche Wildforschungsgebiete, Jagd- und Schonzeiten sowie die Jagdprüfungsordnung.

I. Jagdrecht im wiedervereinigten Deutschland

Mit Wirkung zum 3.10.1990 trat die DDR dem Geltungsgebiet des Grundgesetzes bei und ging damit als Staats- und Völkerrechtssubjekt unter. Auf der Grundlage des sog. Einigungsvertrages wurde das einfache Recht, mithin auch das Bundesjagdgesetz, durch Überleitungsvereinbarung in Art. 8 Einigungsvertrag im Bereich der ehemaligen DDR in Kraft gesetzt. Immerhin aber waren im Einigungsvertrag bestimmte Modifikationen vorgesehen, die z. T. auch auf die übergangsweise Fortgeltung einzelner DDR-Regelungen zielten: In Anlage I, Kap. VI, Sachgebiet F – Forstwirtschaft, Jagdwesen und Fischerei, Abschn. II wurde die Mindestgröße eines Eigenjagdbezirks für ehemaliges DDR-Gebiet auf 70 ha festgelegt (Nr. 1 lit. a) und auf die Mindestdauer zur Erlangung der Jagdpachtfähigkeit wurden die Zeiten angerechnet, in denen eine Jagderlaubnis der DDR bestanden hatte (Nr. 1 lit. b). Auch wurde die DDR-Jägerprüfung der nach bundesdeutschem Recht abgelegten Jägerprüfung gleichgestellt. Entsprechendes galt für die Falknerprüfung (Nr. 1 lit. c, aa und cc). Die neuen Länder verabschiedeten in der Folgezeit ihre eigenen Landesjagdgesetze.¹⁴⁰ Mit Ablauf des 31.3.1992 traten die noch parallel fortgeltenden Vorschriften des ehemaligen DDR-Jagdrechts endgültig außer Kraft.

¹³⁶ Vgl. § 2 Abs. 2, § 4 Abs. 2 S. 2, § 27 Nr. 1 JagdG DDR.

¹³⁷ Oberste Jagdbehörde der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), *H.-J. Murswiek/S. Ziegler* (Bearb.), *Jagdrecht*, Berlin 1969, Jagdgesetz, § 10, Fn. 10.

¹³⁸ Vgl. etwa §§ 13 Abs. 2, 18 S. 1, 21 u.a.m.

¹³⁹ GBl. DDR I Nr. 18 S. 217.

¹⁴⁰ So etwa Sachsen (G. v. 8.5.1991, GVBl. S. 67); Sachsen-Anhalt (G. v. 23.7.1991, GVBl. S. 300); Berlin (G. v. 3.5.1995, GVBl. S. 282); Mecklenburg-Vorpommern (G. v. 22.3.2000, GVBl. S. 126); Brandenburg (G. v. 9.10.2003, GVBl. I S. 250); Thüringen (G. v. 28.6.2006, GVBl. S. 313).

J. „Föderalismusreform I“ des Jahres 2006: Föderalisierung der Jagdgesetzgebung

Gemäß Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 GG a. F. besaß der Bund im Bereich des Jagdwesens eine Rahmenkompetenz, die – mit Billigung des Bundesverfassungsgerichts¹⁴¹ – ursprünglich äußerst weit interpretiert worden war. Durch die Verfassungsreform des Jahres 1994 und der in diesem Zusammenhang erfolgten Änderung des Art. 75 Abs. 2 GG¹⁴² veränderte sich diese Situation grundlegend, da Rahmenregelungen nunmehr im Regelfall keine Einzelheiten oder „unmittelbar geltende Regelungen“ mehr enthalten durften. Durch die zusätzliche Verschärfung der Erforderlichkeitsanforderungen in Art. 72 Abs. 2 GG, die mit dieser Änderung nunmehr erstmal vom Bundesverfassungsgericht strikt nachgeprüft wurden,¹⁴³ verengte sich der Handlungsspielraum des Bundesgesetzgebers nochmals, so dass schon bald Einigkeit über eine Neugestaltung der Kompetenzordnung des Grundgesetzes bestand. Im Zuge der sog. Föderalismusreform I des Jahres 2006 wurde die Rahmenkompetenz des Art. 75 GG a. F. vollständig gestrichen und das Jagdwesen der konkurrierenden Gesetzgebung in Art. 74 Abs. 1 Nr. 28 GG zugeschlagen. Dem Ziel der Föderalismusreform I entsprechend, die Länderparlamente zu stärken, wurde in Art. 72 Abs. 3 Nr. 1 GG festgelegt, dass die Länder abweichende Regelungen in Bezug auf das Jagdwesen (außer dem Recht der Jagdscheine) treffen können. Der bislang pauschale Vorrang des Bundesrechts vor dem Landesrecht wurde für den Bereich dieser neuen „Abweichungsgesetzgebung“ durch die „*lex-posterior*-Regel“ abgelöst. Im Sinne einer sog. „Ping-Pong“-Lösung sperrt nunmehr die jeweils jüngere Abweichungsregelung die Anwendung der älteren Regelung, ohne dass die ältere Regelung hierdurch generell außer Kraft tritt.¹⁴⁴ Faktisch ergibt sich hieraus eine nahezu umfassende Föderalisierung der Jagdgesetzgebung.

Nachdem die Länder sich im Hinblick auf ihre „Abweichungskompetenz“ zunächst eher zurückhaltend gezeigt hatten, entschlossen sich gerade in jüngerer Zeit vermehrt einzelne Länder zu mitunter äußerst weitreichenden Gesetzesreformen, die vielfach auf den heftigen Widerstand insbesondere der Jägerschaft stießen.

¹⁴¹ Zur Zulässigkeit sogar vereinzelter „Vollregelungen“ im Kontext der ursprünglichen Rahmengesetzgebung etwa BVerfGE 43, 291 (343). Krit. gegenüber der seinerzeitigen extensiven Auslegung der Rahmengesetzgebung etwa Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I, 2. Aufl. 1984, S. 682.

¹⁴² Vgl. hierzu das 42. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 27.10.1994, BGBl. I S. 3146.

¹⁴³ Vgl. BVerfGE 111, 226 (252 ff.); zu dieser Entwicklung eingehend J. Dietlein, AUR 2003, Beilage III, S. 4 ff.

¹⁴⁴ Zwar gilt die Abweichungskompetenz nach Art. 72 Abs. 3 GG unmittelbar nur für nach der Föderalismusreform erlassene Bundesgesetze, für „Altgesetze“ wie das BJagdG ergibt sich eine entsprechende Geltung der Abweichungsnorm aber aus Art. 125 b Abs. 1 Satz 3 GG. Allg. zur Abweichungsgesetzgebung J. Dietlein, in: Reinhardt (Hrsg.), Das WHG 2010 – Weichenstellung oder Interimslösung?, 2010, S. 19 ff.

Zu nennen ist insoweit namentlich das „Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG)“ des Landes Baden-Württemberg, vom 1.4.2015.¹⁴⁵ Seine problematische Grundidee liegt in der Verschmelzung der durch das Grundgesetz strikt getrennten Kompetenzbereiche von Naturschutz und Jagdwesen. Auf die mit diesem Ansatz verbundene Gefahr, dass das jagdliche Eigentum „in den – fremdbestimmten – Dienst der öffentlichen Aufgabe `Steuerung der Wildtierpopulation` gestellt“ wird, ist im Schrifttum zu Recht hingewiesen worden.¹⁴⁶ Nicht minder gravierend dürften die Eigentumsbeschränkungen sein, die das im Land Nordrhein-Westfalen unlängst in Kraft getretene „Ökologische Jagdgesetz“ vom 12.5.2015¹⁴⁷ mit sich brachte. In die Grundelemente des jagdlichen Eigentums greifen die dortigen Neuregelungen insbesondere durch eine massive Kürzung des Katalogs der jagdbaren Arten ein,¹⁴⁸ aber auch durch weitreichende Verbotsnormen für die Jagdausübung.¹⁴⁹ Die landesgesetzliche Einführung eines Schießnachweises für Bewegungsjagden als verkappter „Jagdschein neben dem Jagdschein“ wurde zwischenzeitlich durch das Verwaltungsgericht Arnsberg¹⁵⁰ überzeugend als unzulässiger Eingriff in die abweichungsfeste Kernkompetenz des Bundes aus Art. 72 Abs. 3 Nr. 1 GG (Recht der Jagdscheine) eingestuft und dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Von der anfänglichen Zurückhaltung der Länder im Bereich der Abweichungsgesetzgebung scheint nach alledem nur noch wenig übrig geblieben zu sein.

K. Perspektiven des jagdlichen Eigentums

Von dem Vergangenen auf das Kommende schließen zu wollen, ist ein schwieriges und letztlich wohl vergebliches Unterfangen. Kontinuität weist allein der stete Wandel auf. Immerhin aber lässt sich feststellen, dass sich das auf den Gedanken des Eigentums gegründete jagdliche „Revierprinzip“ in nunmehr über 150 Jahren als stabiles, praktikables und weithin konsentiertes Ordnungsmodell durchgesetzt und bewährt hat. Dass dieses „Erbe der Paulskirchenverfassung“¹⁵¹ auch den durch die Entscheidung des EGMR vom 26.6.2012¹⁵² entfachten Sturm überdauert hat,

¹⁴⁵ GBl. 2014, 550.

¹⁴⁶ M. Brenner, Vom Jagdrecht zum Wildtiermanagement, DÖV 2014, 232, 235.

¹⁴⁷ GVBl. 24/2015 vom 27.5.2015, S. 447 – 466.

¹⁴⁸ Hierzu ausführlich J. Dietlein, Jagdliches Eigentum und staatliche Intervention, in: Ruttig/Jung (Hrsg.), *liber amicorum* für M. Hecker, 2017, S. 57 ff.

¹⁴⁹ Vgl. hierzu: M. Brenner, Quo vadis, Jagdrecht?, in diesem Band.

¹⁵⁰ Vorlagebeschluss vom 3.6.2016, Az. 8 K 3614/15; für einen Verfassungsverstoß zuvor bereits J. Dietlein, Grenzen der Abweichungsgesetzgebung im Bereich des Jagdwesens, AUR 2014, 441 ff.

¹⁵¹ Dietlein (Fn. 61).

¹⁵² EGMR, NJW 2012, 3629 ff.; hierzu eingehend J. Dietlein, Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof und das deutsche Jagdrecht, in: Festschrift für Hailbronner, 2013, S. 385 ff.

lässt allen Widrigkeiten zum Trotz hoffen, dass das eigentumsrechtliche Fundament der Jagd auch weiterhin tragende Säule und Garant des Jagdrechts bleiben wird. Denn es ist wohl gerade die einzigartige rechtliche Verknüpfung individueller Nutzungs- und Verfügungsbefugnisse mit dem Gemeinwohlziel einer ordnungsgemäßen jagdlichen Bewirtschaftung, die das Fundament bildet für das außergewöhnliche ideelle und auch materielle Engagement zahlloser Grundeigentümer und Jäger zum Wohl der wildlebenden Tiere und ihrer Lebensräume. Und wo, wenn nicht in einem rechtsgeschichtlichen Beitrag, könnte hierzu besser an das bemerkenswerte Diktum des *Reichsfreiherrn vom und zum Stein* erinnert werden, der in gleicher Intention schon im Jahre 1808 ausführte, dass eine Wirtschaft nur dort zu gedeihen scheine,

wo wirklich Eigentum und uneingeschränkte Verfügung darüber stattfindet. Bei einem ungewissen Eigentum wird man die Anlagen vermissen, die nur mit der Zeit Nutzen bringen; es wird wenig zur Verbesserung der Viehzucht geschehen, es werden nicht Gräben gezogen, nicht Wiesen abgewässert, nicht Baumpflanzungen angelegt, und wenn es mit Zwang geschieht, so geschieht es schlecht¹⁵³.

¹⁵³ Entwurf zum Rescript an Broscovius vom 18.1.1808, in: Botzenhardt/Ipsen (Hrsg.), Freiherr vom Stein - ausgewählte politische Briefe und Denkschriften, 2. Aufl. 1986, S. 164.

Jagdliches Eigentum

Dietlein, J.; Froese, J. (Hrsg.)

2018, XII, 330 S. 4 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-662-54770-0